

Aktuelle Rechtsfragen in der Verwaltung von Pflegeheimen 2012

**Inhouseschulung
für Verwaltungsmitarbeiter des Altenzentrums Rodenbach
13.08.2012**

**Malte Jörg Uffeln
Rechtsanwalt Mediator Lehrbeauftragter
www.uffeln.eu
ra-uffeln@t-online.de**

Unser „ gewaltiger“ Fahrplan

Grundzüge des Betreuungsrecht nach BGB und FamFG

Patientenverfügung- Vorsorgevollmacht

HGBP (Hessisches Gesetz über Betreuungs- und Pflegeleistungen) vom 7. März 2012

WBVG (Gesetz zur Regelung von Verträgen über Wohnraum mit Pflege- oder Betreuungsleistungen) vom 29.07.2009

Datenschutz

**Grundzüge
Betreuungsrecht
(§§ 1896 ff. BGB) und
Betreuungsverfahren nach dem
FamFG**

Falsche „ Laienvorstellungen“

Weder Ehegatten untereinander noch erwachsene Kinder gegenüber den Eltern noch Eltern gegenüber ihren volljährigen Kindern haben Vertretungsrechte !!!

Falsche „ Laienvorstellungen“

**Rechtliche Betreuung (§§ 1896 ff. BGB)
betrifft nicht nur alte Menschen, sondern
auch junge Menschen**

**Das Gesetz kennt kein „ geborenes“
Angehörigenvertretungsrecht**

Falsche „ Laienvorstellungen“

**„Rechtliche Betreuung“ ist keine soziale
Personen- und Menschenumfeldbetreuung !!!**

Falsche „ Laienvorstellungen“

**Seit 1992 gibt es keine Vormundschaft und
Pflegschaft für Erwachsene mehr !!!**

Rechtsgrundlagen

**Betreuungsgesetz (BtG)
§§ 1896 bis 1909 BGB**

§ 1896 BGB

Voraussetzungen

(1) Kann ein Volljähriger auf Grund einer psychischen Krankheit oder einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung seine Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht besorgen, so bestellt das Betreuungsgericht auf seinen Antrag oder von Amts wegen für ihn einen Betreuer. Den Antrag kann auch ein Geschäftsunfähiger stellen. Soweit der Volljährige auf Grund einer körperlichen Behinderung seine Angelegenheiten nicht besorgen kann, darf der Betreuer nur auf Antrag des Volljährigen bestellt werden, es sei denn, dass dieser seinen Willen nicht kundtun kann.

**Gegen den freien Willen des
Betroffenen darf kein Betreuer
bestellt werden !!!**

**Der Staat hat nicht das Recht seine
erwachsenen und zur freien Willensbildung
fähigen Bürger zu erziehen, zu bessern, zu
disziplinieren oder zu hindern sich selbst zu
schädigen !!!**

Bevollmächtigung vor Betreuung (§ 1896 II BGB)

**TIPP:
Vorsorgevollmacht,
Eigenvorsorge betreiben**

Verfahren – Kurzüberblick

**Anregung durch Dritte / Antrag des
Betroffenen**

Amtsermittlung durch Betreuungsgericht
- ärztliches Gutachten
- Sozialbericht der Betreuungsbehörde
- persönliche Anhörung
- Beschluss

Grundsatz

**Betreuung nur zum Wohl des
Betroffenen**

KONTROLLE
durch das Betreuungsgericht

Wer kann zum Betreuer bestellt werden ?

**Ehrenamtliche Betreuer
Familienangehörige
Berufsbetreuer
(Freiberufler, Betreuungsvereine,
Betreuungsbehörden)**

Betreuerauswahl durch Gericht

**Übernahmepflicht (§ 1898 BGB) der
Betreuung nach Erklärung der Bereitschaft
zur Übernahme der Betreuung**

**Vorrang des Ehrenamtes vor
Berufsbetreuung
(§ 1897 Abs. 6 BGB)**

**Für welche Aufgabengruppe
kann ein Betreuer bestellt
werden ?**

Vermögenssorge

Gesundheitssorge

Aufenthaltsbestimmung

Behördenangelegenheiten

Wohnungsangelegenheiten

Personensorge

**Welche Pflichten hat der
Betreuer ?**

Berichtspflicht

**Jährliche Rechnungslegung
(§ 259 BGB)**

Einholung besonderer Genehmigungen im gesundheitlichen Bereich

**§ 1904 BGB schwerwiegende
Eingriffe**

**§ 1906 BGB
Unterbringungsmaßnahmen**

**Wann sind in jedem Falle
gerichtliche Genehmigungen
einzuholen ?**

Vermögenssorge

**Geldabhebungen über EUR 3.000,00
(§ 1813 BGB)**

**Geldanlagen (§ 1810 BGB)
„ mündelsicher“**

**Grundstücksgeschäfte
(§ 1821 BGB)**

**Bestellung einer Hypothek oder
Grundschild
(§ 1821 BGB)**

**Kreditaufnahme
(§ 1822 Nr. 8 BGB)**

**Wohnungsangelegenheiten
(§ 1907 BGB)**

**Aufenthaltsbestimmung/
Unterbringung
(§ 1906 BGB)**

**Gesundheitsorge
(§ 1904 BGB)**

**Sterilisation
(§ 1905 Abs. 2 BGB)**

**Einwilligung zum Abbruch einer
künstlichen Ernährung
(BGH XII ZB 2/03 vom 17.3.2003)**

Das Betreuungsverfahren nach dem FamFG

**(Quellenhinweis: Aufsatz von RiAG Gerd
Dodegge AG Essen dazu unter
www.jak.nrw.de)**

Hauptsacheverfahren (§§ 271 ff. FamFG)

Für wen gilt das Gesetz ?

Volljährige Personen

**Personen über 17 Jahre als vorsorgliche
Maßnahme, die mit dem 18. Lebensjahr
wirksam wird**

Wie wird das Verfahren eingeleitet ?

Antrag des Betroffenen

von Amts wegen

**im Drittinteresse (bspw. partielle
Geschäftsunfähigkeit des Betroffenen)**

**Wer ist beteiligt und
verfahrensfähig ?**

„ MUSS – Beteiligte“

Betroffener

Betreuer

Bevollmächtigter

Verfahrenspfleger

Betreuungsbehörde auf Antrag

„ KANN- Beteiligte“

Beteiligte im „ Interesse des Betroffenen “

Ehegatte, Lebenspartner

Eltern, Großeltern

Abkömmlinge

Geschwister

Person des Vertrauens

Welches Gericht ist sachlich und funktionell zuständig ?

I.d.R. das Amtsgericht am Wohnort des Betroffenen und hier das Betreuungsgericht für Betreuungssachen

**Was muss das
Betreuungsgericht tun ?**

Das Betreuungsgericht hat den Sachverhalt von Amts wegen zu ermitteln (§ 26 FamFG)

Das Gericht muss die Tatsachen ermitteln, die die formellen und materiellen Voraussetzungen einer Betreuerbestellung ausfüllen...

Grundsatz des rechtlichen Gehörs (Art. 103 GG)

**Das Gericht darf nur Tatsachen und
Beweisergebnisse verwerten, zu denen der
Betroffene zur hat Stellung nehmen können
(BayObLG BtPrax 2001, 75)**

**Das Gericht hat den Betroffenen
persönlich anzuhören und sich von ihm
einen persönlichen Eindruck zu
verschaffen
(§ 278 I 1,2 FamFG)**

**Über was muss das Gericht den
Betroffenen anhören ?**

Der Richter soll den Umfang des Aufgabenkreises darlegen und nach Wünschen und Vorstellungen bzgl. der Person des Betreuers fragen.

In geeigneten Fällen hat das Gericht einen Hinweis auf die Möglichkeit und den Umfang einer Bevollmächtigung sowie die Möglichkeit der Registrierung im Vorsorgeregister der Bundesnotarkammer zu geben.

Was ist ein Verfahrenspfleger ?

Ein Verfahrenspfleger wird vom Gericht meist dann bestimmt, wenn seine Bestellung zur Wahrung der Rechte des Betroffenen im Interesse des Betroffenen sinnvoll und notwendig ist.

Der Verfahrenspfleger wahrt die Rechte des Betroffenen.

**Welchen Inhalt müssen Gutachten
zur Betreuungsbedürftigkeit haben ?**

§ 280 Abs. 3 FamFG

**Anknüpfungstatsachen
Krankheitsbild und – verlauf
Anamnese (Eigen-, Fremd und
Sozialanamnese)
durchgeführte Untersuchungen
Körperlicher und psychiatrischer Zustand
des Betroffenen**

Diagnose

**Prognose zum Umfang der Aufgabenkreise
und zur voraussichtlichen Dauer der
Betreuungsbedürftigkeit
Aussagen zur Fähigkeit der freien
Willensbestimmung**

**Was muß der
Sachverständige tun ?**

**Persönliche Untersuchung des
Betroffenen**

Persönliche Befragung des Betroffenen

**NICHT AUSREICHEND:
Exploration durch geöffnetes
Wohnungsfenster
oder eine spaltbreit geöffnete Tür**

Vergütung der Betreuer

§ 1835 BGB

Aufwendungsersatz

**auch: Aufwendungen für
Versicherungen**

**Anspruch „mittelloses Mündel“ geht
gegen die Staatskasse**

§ 1835 a BGB

Jahrespauschale

€ 323,00

= Aufwandspauschale

ACHTUNG:

§ 22 Abs. 3 EStG

Pauschale ist nicht einkommensteuerpflichtig,
wenn **eine Betreuung** geführt wird

Ab der **zweiten** Betreuung besteht
Steuerpflicht

Versicherung ???

**Rahmenvertrag des
Justizministeriums mit der
Sparkassenversicherung !!!**

**Vergütung der Berufsbetreuer richtet
sich nach
VBVG**

Vergütungssätze

27,00 € /Stunde

33,50 € /Stunde bei Berufsausbildung

44,00 € /Stunde bei Studium

Anerkennung von Stunden

**Am Anfang mehr
5,5 h / 8,5 h
(Heim/außerhalb Heim)**

**Am Ende weniger
2 h / 3,5 h
(Heim/außerhalb Heim)**

Je nach Dauer

Patientenverfügung Vorsorge- und Betreuungsvervollmacht

Patientenverfügung

individuelle, formfreie Erklärung
einer **entscheidungsfähigen**
Person

über die ärztliche/medizinische
Behandlung

im Fall der eigenen
Entscheidungsunfähigkeit

§ 1901a BGB

Patientenverfügung

(1) Hat ein einwilligungsfähiger Volljähriger für den Fall seiner Einwilligungsunfähigkeit schriftlich festgelegt, ob er in bestimmte, zum Zeitpunkt der Festlegung noch nicht unmittelbar bevorstehende Untersuchungen seines Gesundheitszustands, Heilbehandlungen oder ärztliche Eingriffe einwilligt oder sie untersagt (Patientenverfügung), prüft der Betreuer, ob diese Festlegungen auf die aktuelle Lebens- und Behandlungssituation zutreffen. Ist dies der Fall, hat der Betreuer dem Willen des Betreuten Ausdruck und Geltung zu verschaffen. Eine Patientenverfügung kann jederzeit formlos widerrufen werden.

(2) Liegt keine Patientenverfügung vor oder treffen die Festlegungen einer Patientenverfügung nicht auf die aktuelle Lebens- und Behandlungssituation zu, hat der Betreuer die Behandlungswünsche oder den mutmaßlichen Willen des Betreuten festzustellen und auf dieser Grundlage zu entscheiden, ob er in eine ärztliche Maßnahme nach Absatz 1 einwilligt oder sie untersagt. Der mutmaßliche Wille ist aufgrund konkreter Anhaltspunkte zu ermitteln. Zu berücksichtigen sind insbesondere frühere mündliche oder schriftliche Äußerungen, ethische oder religiöse Überzeugungen und sonstige persönliche Wertvorstellungen des Betreuten.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten unabhängig von Art und Stadium einer Erkrankung des Betreuten.

(4) Niemand kann zur Errichtung einer Patientenverfügung verpflichtet werden. Die Errichtung oder Vorlage einer Patientenverfügung darf nicht zur Bedingung eines Vertragsschlusses gemacht werden.

(5) Die Absätze 1 bis 3 gelten für Bevollmächtigte entsprechend.

Adressat

Personen, die an der Behandlung
teilnehmen

Ärzte

Pflegepersonal

**Betreuer, Bevollmächtigte
etc.**

Rechtswirksamkeit der Patientenverfügung

von allen Beteiligten zu beachten ...

wenn bei Abfassung

Entscheidungsfähigkeit bestand;

wenn und soweit die einzelnen

Verfügungen eindeutig sind;

wenn Verfügungen rechtmäßig
sind;

soweit keine Anhaltspunkte für

Willensänderung bestehen.

Der maßgebliche Patientenwille

Der **Bundesgerichtshof** formuliert in seiner
Grundsatzentscheidung vom 17. März 2003 (**XII ZB 2/03**):

Die Willensbekundung des Betroffenen für oder gegen bestimmte medizinische Maßnahmen darf deshalb vom Betreuer nicht durch einen ‚Rückgriff auf den mutmaßlichen Willen‘ des Betroffenen ‚korrigiert‘ werden, es sei denn, daß der Betroffene sich von seiner früheren Verfügung mit erkennbarem Widerrufswillen distanziert oder die Sachlage sich nachträglich so erheblich geändert hat, daß die frühere selbstverantwortlich getroffene Entscheidung die aktuelle Sachlage nicht umfaßt.“

Individualität

so konkret und individuell wie möglich

Warnung vor Mustern!!

ärztliche und juristische
Beratung dringend zu empfehlen!

FORM

**schriftlich mit Datum und
Unterschrift**

**mündliche Erklärung nicht per se
unwirksam, aber problematisch**

„Erneuerung“ rechtlich nicht erforderlich

**aber u. U. sinnvoll (z.B. alle 5 Jahre oder -
wichtiger noch –
bei gravierender Änderung
der persönlichen Lebensumstände)**

AUFBEWAHRUNG

Am besten so, daß sie gefunden wird, wenn es darauf ankommt

**Kopie in der Bewohnerakte / im
Bewohnerzimmer (Bett, Schrank)**

Kopie beim Hausarzt

Kopie bei Angehörigen

**Kopie oder Hinweis in der
Brieftasche**

INHALTE

**Situationen, in denen sie gelten soll
Festlegung zu ärztlichen/pflegerischen
Maßnahmen**

**Wünsche zu Begleitung und Ort
Hinweise auf weitere Verfügungen
(z.B. Testament, Vorsorgevollmacht)
Organspende
etc.**

Aus der Rechtsprechung I

Patientenverfügungen **binden den Betreuer**, er hat „dem Patientenwillen gegenüber Arzt und Pflegepersonal in eigener rechtlicher Verantwortung und nach Maßgabe des § 1901 BGB **Ausdruck und Geltung zu verschaffen**“ (BGH, XII ZB 2/03 vom 17. März 2003).

Aus der Rechtsprechung II

Patientenverfügungen **binden auch den Arzt und Pfleger**, die zu ihrer Tätigkeit der Zustimmung des Patienten bedürfen. Diese hat der nicht mehr einwilligungsfähige Patient in seiner Patientenverfügung näher umschrieben. Eine diesem **Patientenwillen widersprechende Behandlung oder Pflege ist nicht zulässig** (BGH XII ZR 177/03 vom 8. Juni 2005) und zu beenden.

Vorsorge- und Betreuungsvollmacht

Eine **geschäftsfähige** Person

bevollmächtigt eine oder mehrere Personen
- einzeln oder gemeinsam -

für einzelne oder sämtliche Bereiche wie
Rechtsgeschäfte, persönliche und
gesundheitliche Angelegenheiten etc.

für den Fall der eigenen **Geschäfts-** oder
Entscheidungsunfähigkeit oder
Hilfebedürftigkeit

**und damit z.B. auch zur
Durchsetzung der
Patientenverfügung!**

Vorsorgevollmacht

hat also den **Zweck**, bei Geschäftsunfähigkeit oder Hilfebedarf eine Vertrauensperson mit der Wahrnehmung persönlicher und/oder Vermögensangelegenheiten zu betrauen

z.B. Rechtsgeschäfte, Aufenthalts- und Wohnungs- sowie behördliche Angelegenheiten, Gesundheitssorge
(Durchsetzung Patientenverfügung!)

WIRKUNG

bei entsprechender Gestaltung:
Bevollmächtigter hat gleiche Rechte und
tatsächliche Möglichkeiten wie gerichtlich
bestellter Betreuer

2 Varianten:

Generalvollmacht: sofortige Geltung nach
außen mit Einschränkung im Innenverhältnis
oder bedingt durch **ärztliche Attestierung**
der Hilfe- oder Betreuungsbedürftigkeit

bei einigen Maßnahmen zusätzlich

Genehmigung Vormundschaftsgericht einzuholen

z.B. Freiheitsentziehung (auch Fixierung) oder

risikoreiche, lebensgefährliche

mediz. Maßnahmen/Unterlassungen (z.B.

Operationen, Einstellung Behandlg)

hilfreich hier: Patientenverfügung

gilt aber auch für gerichtlich

bestellten Betreuer

KONTROLLE des BEVOLLMÄCHTIGTEN

durch sog. Kontrollbetreuer

durch weitere/n Bevollmächtigte/n

wichtig z.B., wenn Vollmacht
durch eingetretene
Geschäftsunfähigkeit nicht mehr
widerrufbar ist

FORM

**schriftlich mit Datum und
Unterschrift**

**notarielle Beurkundung erforderlich zur
Vornahme von formbedürftigen
Rechtsgeschäften (z.B.
Grundstücksgeschäfte), darüber hinaus
empfehlenswert**

AUFBEWAHRUNG

siehe Patientenverfügung ...

zu beachten: **Bevollmächtigter benötigt
Original-Vollmacht zur wirksamen
Vertretung!**

Hinterlegung bei Amtsgericht

Information über Vorhandensein Vollmacht bei
Vorsorgeregister Bundesnotarkammer

WEITERE INFORMATIONEN

Bundesministerium der Justiz

www.bmj.bund.de

**>>> Service, Publikationen,
Patientenverfügung, Betreuungsrecht**

E-Mail: publikationen@bmj.bund.de

Publikationsversand der Bundesregierung

Tel.: 0 18 05 - 77 80 90

HGBP

**(Hessisches Gesetz über Betreuungs- und
Pflegeleistungen) vom 7. März 2012**

Quelle:

**[http://www.rv.hessenrecht.hessen.de/jportal/portal/t/1t80/page/bshe
sprod.psml?
pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&from
doctodoc=yes&doc.id=jlr-
BetrPflGHErahmen&doc.part=X&doc.price=0.0&doc.hl=0](http://www.rv.hessenrecht.hessen.de/jportal/portal/t/1t80/page/bshe
sprod.psml?
pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&from
doctodoc=yes&doc.id=jlr-
BetrPflGHErahmen&doc.part=X&doc.price=0.0&doc.hl=0)**

Weitere Quellen:

Dokumentation der Gesetzesmaterialien (Beratungen im Landtag)

**[http://starweb.hessen.de/starweb/LIS/servlet.starweb?
path=LIS/PdPi_FLMore18.web&wp=WP18&search=DESKRF
%3D%22BEHINDERTENWOHNHEIM%22+AND+
%28%28DESKRF+NOT+%22%22%29+OR+%28VDESF+NOT+
%22%22%29%29](http://starweb.hessen.de/starweb/LIS/servlet.starweb?path=LIS/PdPi_FLMore18.web&wp=WP18&search=DESKRF%3D%22BEHINDERTENWOHNHEIM%22+AND+%28%28DESKRF+NOT+%22%22%29+OR+%28VDESF+NOT+%22%22%29%29)**

Überblick über die §§ 1- 29 HGBP

Kurz und knapp

§ 1

Aufgabe und Ziel

- * „Verbraucher“-Schutzgesetz für
„Betreuungs- und Pflegebedürftige“**
- * bewohnerbedürfnisorientierte Angebote des
Wohnen und der Betreuung**
- * Öffnung und Transparenz der Angebote der
Einrichtungen**
- * Förderung bürgerschaftlichen Engagements**

§ 2

Geltungsbereich

- * Tagespflegeeinrichtungen**
- * Nachtpflegeeinrichtungen**
- * Kurzzeitpflegeeinrichtungen-**
- * vollstationäre Betreuungs- und
Pflegeeinrichtungen**
- * Betreuung/Pflege durch entgeltlich
vermittelte Pflegekräfte**

„Nicht“ - Geltungsbereich

- * betreute Wohnformen**
- * Krankenhäuser**

§ 3

Informationspflichten

- * Behörde berät und informiert....**
- * Hinweispflichten der Betreiber bei
Vertragsabschluss**
- * lokale/regionale Beratungsstellen**
 - * zuständige Behörde**
 - * „externe“ Beschwerdestellen**
 - * interne Beschwerdestellen**

**Qualitätsbericht ist unaufgefordert vorzulegen
und zu erläutern**

TIPP für die Pflege- und Verwaltungspraxis:

- 1. Allgemeines Informationsblatt (Merkblatt)
zu den geforderten Inhalten, Auslage in
Verwaltung, Bewohnerzimmern**
- 2. Merkblatt als Bestandteil des WBVG-
Vertrages beifügen/ in diesen miteinbeziehen
wie auch Belehrung über Information
betreffend QM- Bericht**
- 3. WBVG- Verträge entsprechend den
Vorgaben des HGBP ändern**

§ 4

Anregungen, Hinweise und Beschwerden

**...über Beschwerdetelefon mit
landeseinheitlicher Telefonnummer**

*** Behörde ist verpflichtet der Beschwerde
unverzüglich nachzugehen**

**Aktuelle Beschwerdemöglichkeiten:
Heimaufsicht Hessen**

<http://sachs.tobit.net/infos/A/I0015CE9-001.apd/Adressen+der+Hessischen+Heimaufsicht+-+Stand+06.06.07.pdf>

TIPP für die Pflege- und Verwaltungspraxis:

**Informations- und Wissensmanagement durch ein
einheitliches Merkblatt zu externen und internen
Beschwerdestellen und dessen Vorhaltung in der
Verwaltung**

§ 5

Freiheitsentziehende Maßnahmen

„Gerichtlich genehmigte freiheitsentziehende Maßnahmen sind auf das notwendige Maß zu beschränken und unter Angabe der Genehmigung und der oder des für die Anordnung der Maßnahme Verantwortlichen zu dokumentieren.“

TIPP für die Pflege- und Verwaltungspraxis:

- 1. noch bessere intensivere Dokumentation
von FeM (Bewohnerakte, Bewohnerzimmer/ -
bett, FeM- Register.... ?)**
- 2. regelmässige Schulung des Personals und
Evaluation
(TIPP: Schulung, Merkblatt,
Verpflichtungserklärung)**

Informationsquelle:

**Ständige Informationspflicht
für die Verwaltung !!!**

**[http://www.hessen.de/irj/RPGIE_Internet?
cid=f1d01189887c7f3eed131029d5d07545](http://www.hessen.de/irj/RPGIE_Internet?cid=f1d01189887c7f3eed131029d5d07545)**

§ 6

Mitwirkungsrecht von Bewohnerinnen und Bewohnern

- * Einrichtungsbeirat oder in anderer Form**
- * Wahl externer Personen möglich / auch
Mitglieder des Seniorenbeirats**
- * Sachverständige können hinzugezogen
werden**
- * Angehörigen-, Betreuerinnen- und
Betreuerbeirat soll gebildet werden**

**Nähere Ausgestaltung durch
Rechtsverordnung**

TIPP für die Pflege- und Verwaltungspraxis:

Es gilt nach wie vor als Landesrecht fort die

Heimmitwirkungsverordnung

(download unter :<http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/heimmitwirkungsiv/gesamt.pdf>)

§ 7

Leistungen an die Betreiber/in oder den Betreiber und Beschäftigte

- * Verbot der Annahme von Geld- oder geldwerten Leistungen**
 - * Annehmlichkeiten erlaubt**
 - geringwertige Aufmerksamkeiten**
- Leistungen für Bau, Erwerb, Instandsetzung, Betrieb, Ausstattung als Darlehen**
 - Spenden an ein Hospiz**

**Nähere Ausgestaltung durch
Rechtsverordnung**

TIPP für die Pflege- und Verwaltungspraxis:

Nach wie vor gilt die

Heimsicherungsverordnung

(download unter :<http://www.gesetze-im-internet.de/heimsicherungsiv/index.html>)

§ 8

Recht auf besonderen Schutz

Die Betreiberinnen und Betreiber von Einrichtungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 und 2 sind verpflichtet, auch gegenüber ihren Beschäftigten, Maßnahmen zu treffen, um für eine gewaltfreie und menschenwürdige Pflege der Betreuungs- und Pflegebedürftigen Sorge zu tragen. Insbesondere sind Vorkehrungen zum Schutz vor körperlichen oder seelischen Verletzungen und Bestrafungen sowie anderen entwürdigenden Maßnahmen zu treffen.

TIPP für die Pflege- und Verwaltungspraxis:

**Implementierung eines Gewalt-
und Aggressionsmanagements
beim Betreiber**

(= Führungsaufgabe)

Nützliche LINKS:

Ausarbeitungen dazu unter:

<http://pflegen-online.de/download/170-Xi.pdf>

<http://www.patientenberatung-bremen.de/cmspdf/gegen->

<http://gkp.zqp.de/>

http://www.stmas.bayern.de/imperia/md/content/stmas/stmas_internet/pflege/dokumentation/ftop-schneider.pdf

§ 9

Anforderungen an Betreiber

- * Zuverlässigkeit, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit**
 - * Vorhaltung Personal**
 - * angemessene Entgelte**
 - * QM-System**
- * Schutz der Würde der Bewohner**
- * Wahrung der Intimsphäre und der Selbstbestimmung der Bewohner**
- * Anwendung anerkannter Methoden der FeM**
 - * angemessene Qualität der Betreuung und Pflege**

***qualifizierte individuelle Betreuung und
Pflege und deren Dokumentation**

*** aussagekräftige Konzeption**

*** Förderung von Eingliederung und Teilhabe
Behinderter**

***angemessene Lebensgestaltung, persönliche
Lebensführung, soziale Betreuung**

*** ausreichender Schutz vor Infektionen**

***bewohnerbezogene , ordnungsgemäße
Arzneimittelversorgung und – aufbewahrung**

*** schriftliche Dokumentation der Verwaltung
von Geldern und Wertsachen**

§ 9 III

**„ Erbringung der Leistungen unter ständiger
Verantwortung einer ausgebildeten
Pflegefachkraft“**

**Nähere Ausgestaltung durch
Rechtsverordnung**

§ 10

Betriebsaufnahme, Anzeige

- * 3- Monats- Frist**
 - * Anzeigepflichten**
 - Zeitpunkt der Betriebsaufnahme**
 - Name und Anschriften der Betreiber und gesetzlichen Vertreter**
 - Zahl der Mitarbeiterstellen**
- weitere Pflichten....**

Sonderfall § 10 Abs. 5 HGBP

Ambulante Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen sind verpflichtet, gegenüber der zuständigen Behörde unverzüglich anzuzeigen, wenn sie in einer Wohnung mehr als zwei betreuungs- und pflegebedürftige Menschen versorgen. Die Anzeige muss die Örtlichkeit und eine Ansprechpartnerin oder einen Ansprechpartner enthalten.

TIPP für die Pflege- und Verwaltungspraxis:

Formblatt oder e-mail oder Fax

Anzeige gem. § 10 IV HGBP

**Hiermit wird angezeigt, dass wir in der
Wohnung : _____ aktuell mehr als zwei
betreuungs- und pflegebedürftige Menschen
versorgen. Bei Fragen wenden Sie sich bitte
an.....**

§ 11

Betriebspflichten

- * Kooperationspflichten**
 - zuständige Behörde**
 - Pflegestützpunkte**
 - Gesundheitsämter**
- * anlassbezogene Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses der Beschäftigten**
gem. § 30 a I BZRG
- * Mitteilung von Änderung der Anforderungen**
gem. § 9 HGBP

TIPP für die Pflege- und Verwaltungspraxis:

**Informationen zum erweiterten Führungszeugnis
gem. § 30 a BZRG unter:**

<http://www.gesetze-im-internet.de/bzrg/>

<http://bysj.de/wordpress/2010/05/07/das-erweiterte-fuehrungszeugnis/>

http://www.ahlen.de/fileadmin/pdf/Gesundheit_Soziales/Erweitertes_Fuehrungszeugnis_neu.PDF

§ 12

Befreiungen

Behörde kann Befreiungen von den Erfordernissen der §§ 9 bis 11 gewähren

„ Reparaturklausel“

§ 13

Dokumentation

Die Betreiberin oder der Betreiber soll nach den Grundsätzen einer **ordnungsgemäßen Buch- und Aktenführung** Aufzeichnungen über den Betrieb fertigen und die Qualitätssicherungsmaßnahmen und deren Ergebnisse dokumentieren, sodass Feststellungen zum ordnungsgemäßen Betrieb getroffen werden können.

§ 14

Qualitätsanforderungen für ambulant betreute Wohngemeinschaften

- * Betreuung nach allgemein, fachlichem
Standard**

- *individuelle Förder- und Hilfepläne**

- * Teilhabe am Leben in der Gesellschaft,
Unterstützung der Selbstständigkeit**

Wann liegt eine ambulant betreute Wohngruppe vor ?

(2) Eine Einrichtung im Sinne des Abs. 1 liegt vor, wenn die Bewohnerinnen und Bewohner in der Lage sind, ihre Lebens- und Haushaltsführung weitgehend selbstbestimmt zu gestalten, und die erbrachten Betreuungsleistungen nicht auf die ständige Anwesenheit des Betreuungspersonals ausgerichtet sind.

§ 15

Qualitätsanforderungen für betreute Wohngruppen

- * Anforderungen des § 14 I und :**
- * ständige Anpassung des veränderten
Betreuungsbedarfs in Art und Umfang**
- * vorhandene Rufbereitschaft**

Wann liegt eine betreute Wohngruppe vor ?

**Eine Einrichtung im Sinne des Abs. 1 liegt vor,
wenn die Bewohnerinnen und Bewohner
kontinuierliche Unterstützung und Hilfe bei der
Lebens- und Haushaltsgestaltung benötigen.
Bei Außenwohngruppen, stationär begleitetem
Wohnen und Trainingswohnen handelt es sich
um betreutes Wohnen im Sinne dieses
Gesetzes.**

§ 19

Prüfung

- * regelmässige, unangemeldete Prüfung durch die Behörde**
 - * auch anlassbezogene Prüfung**
- * Erfüllung der gesetzlichen und sonstigen Voraussetzungen**
 - * „arbeitsteilige Prüfung“ mit MDK und Prüfdienst der PKV möglich**
 - * auch Prüfung zur Nachtzeit**

Rechte der Prüfer

- * Betretungsrecht betr. Grundstücken und Räumen (Zustimmung der Bewohner !)**
 - * Prüfen und Besichtigen**
 - * Einsichtnahmerecht in Unterlagen, Dokumentationen**
- * Befragungsrecht bzgl. aller Personen**
- * Inaugenscheinnahme von Bewohnern**
- * „vertrauliche Gespräche ohne Dritte“**

§ 17

Feststellung von Mängeln

Sind bei einer Prüfung Mängel festgestellt worden, soll die zuständige Behörde zunächst der Betreiberin oder dem Betreiber unter Setzen einer angemessenen Frist Gelegenheit zur Beseitigung der Mängel geben und über die Möglichkeiten hierzu beraten. Satz 1 gilt entsprechend, wenn vor der Aufnahme des Betriebs Mängel festgestellt werden.

§ 18

Anordnung der Mängelbeseitigung

- * schriftlicher VA (§ 35 HvwVfG): Feststellung der Pflicht zur Mängelbeseitigung**
- * § 18 II keine aufschiebende Wirkung von Widerspruch (§ 68 VwGO) und Anfechtungsklage (§ 42 VwGO)**

§ 19

Folgen der Mängelfeststellung

Ist aufgrund der festgestellten Mängel die Fortsetzung eines Vertragsverhältnisses mit einer Einrichtung nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 oder 2 oder einer Pflegekraft nach § 2 Abs. 1 Nr. 3 nicht mehr zuzumuten, soll die Behörde die Betreuungs- oder Pflegebedürftige oder den Betreuungs- oder Pflegebedürftigen dabei unterstützen, eine angemessene anderweitige Betreuung oder Pflege zu zumutbaren Bedingungen zu finden

Beratungspflicht / Hilfeleistungspflicht der Behörde bei festgestellten Mängeln.....

§ 20

Prüfberichte

**Pflicht zur Erstellung eines Prüfberichtes bei
Prüfungen gem. § 16**

§ 21

Beschäftigungsverbot, kommissarische Leitung

- * Untersagung der Beschäftigung des Leiters
oder von Beschäftigten bei mangelnder
Eignung**
- * Selbsteintrittsrecht / Ersatzvornahme der
Behörde betreffend kommissarischer Leitung**

§ 22

Untersagung des Betriebs

... ist zu untersagen...

- * Nichterfüllung der Anforderungen des § 9**
- * wenn Anordnungen zur Behebung der Mängel nicht ausreichen**

..... kann untersagt werden..

- * bei unterlassener Anzeige gem. § 10**
- * unrichtigen und unvollständigen Angaben**
 - * keine Konzeption und Schulungsmaßnahmen zur Verhinderung von FeM nachgewiesen werden**
- * Anordnungen gem. § 18 nicht fristgemäß befolgt werden**
 - * Personen entgegen einem Beschäftigungsverbot beschäftigt werden**

§ 23

Ordnungswidrigkeiten

- * OWi- Tatbestände in § 23 I, § 23 II**
 - * Geldbußen bis zu € 25.000,00**
 - * Zuständigkeit des RP Gießen**

§ 24

Arbeitsgemeinschaften und Zuständigkeit

- * Verpflichtung der öffentlichen und nicht-öffentlichen Stellen und der Träger zur Zusammenarbeit in einer AG**
- * Bürokratievermeidung, Vermeidung von Doppelprüfungen**
- * Schaffung und Ausnutzung von Synergien**

§ 25

Zuständige Behörden

- * örtliche Amt für Versorgung und Soziales**
 - * obere Aufsichtsbehörde: RP Gießen**
 - * oberste Aufsichtsbehörde: HSM**

§ 26

Überleitungs- und Übergangsvorschriften

Als Landesrecht gelten(!) fort:

- * Heimmindestbauverordnung**
- * Heimpersonalverordnung**
- * Heimmitwirkungsverordnung**
- * Heimsicherungsverordnung**

§ 27

Erlass von Rechtsverordnungen

HSM

§ 28

Aufhebung bisherigen Rechts

§ 29 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

21.03.2012 bis 31.12.2016

WBVG

**Gesetz zur Regelung von Verträgen über Wohnraum
mit Pflege- und Betreuungsleistungen
(Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz- WBVG)
vom 29.7.2009 (BGBl. I. S. 2319)**

Quelle:

<http://www.gesetze-im-internet.de/wbvg/BJNR231910009.html>

Geltungsbereich (§ 1)

**Vertrag Unternehmer +
Verbraucher über Leistungen im
Bereich WOHNEN + PFLEGE**

**Analoge Anwendung bei ähnlichen
Verträgen mit Komponenten
WOHNEN + PFLEGE**

Ausnahmen (§ 2)

**Leistungen der Krankenhäuser, Vorsorge-
und Rehabilitationseinrichtungen**

**Leistungen der Berufsbildungs- und
Berufsförderungswerke**

Leistungen gem. § 41 SGB VIII

**Leistungen im Rahmen von Kur- und
Erholungsaufenthalten**

Informationspflichten vor Vertragsschluss (§ 3)

**Unternehmer muss vor Vertrag
aufklären u.a. über**

**Leistungsangebot
wesentlichen Inhalt der Leistungen**

Informationspflicht über allgemeines Leistungsangebot

**Ausstattung und Lage des
Gebäudes, Anlagen des
gemeinschaftlichen Gebrauchs
Leistungen nach Art und Umfang
Ergebnisse von Qualitätsprüfungen**

Pflicht zur Darstellung von/des

**Wohnraum, Pflege- und Betreuungsleistungen,
der Verpflegung**

**den Pflege- und Betreuungsleistungen
zugrundliegenden Leistungskonzeptes
den zu zahlenden Entgelten**

**Voraussetzungen für mögliche Leistungs- und
Entgeltänderungen**

Umfang der Vertragsanpassungspflichten

Vertragsabschluss und Vertragsdauer (§ 4)

**Regel: Vertrag auf unbestimmte Zeit
Befristung ist möglich**

**Genehmigung bei
Geschäftsunfähigem notwendig**

**Ultimatives Vertragsende: TOD
Fortgeltung kann vereinbart werden**

Wechsel der Vertragsparteien (§ 5)

**Fortsetzung mit „ Haushaltsangehörigen“ bei
TOD des Vertragspartners bis 3 Monate nach
TOD
(WOHNEN)**

**Nichtfortsetzung verlangt Erklärung binnen 4
Wochen nach TOD**

Veräußerung : Kauf bricht nicht Miete

Schriftform (§ 6)

**Schriftform obligatorisch
Elektronische Form ist ausgeschlossen
Ausfertigung des Vertrages ist
auszuhändigen**

**Keine Schriftform: Vertrag bleibt wirksam
Verbraucher kann ausserordentlich
kündigen**

Vertragsinhalt (§ 6)

**Leistungen des Unternehmers nach
Art und Umfang
Entgelte, getrennt nach Überlassung
Wohnraum, Pflege- oder
Betreuungsleistungen, ggf.
Verpflegung, Beteiligung an den
Investitionskosten
Informationen nach § 3 WBG**

Leistungspflichten (§ 7)

UNTERNEHMER

**Gestellung des Wohnraumes zum
„ vertragsgemäßen Gebrauch“
Erhaltungspflicht bzgl. Wohnraum
Leistung der Pflege- oder
Betreuungsleistungen nach dem
allgemeinen Stand fachlicher
Erkenntnisse**

Leistungspflichten (§ 7)

VERBRAUCHER

Zahlung des vereinbarten Entgelts

Weitere Leistungspflichten des Unternehmers (§ 7)

**Bemessung der Entgeltbestandteile nach
einheitlichen Grundsätzen**

**Hinweispflicht bei Leistungen durch
Sozialleistungsträger**

**Abwesenheit länger als drei Tage:
Anrechnungspflicht**

Vertragsanpassung bei Veränderung des Pflege- und Beratungsbedarfs (§ 8)

Unternehmer muss darlegen und anbieten

Verbraucher kann ablehnen

**Pflicht zum Angebot einer Anpassung kann
nicht ausgeschlossen werden**

Entgelterhöhung bei Änderung der Berechnungsgrundlage (§ 9)

**Erhöhung bei Änderung der
Berechnungsgrundlage ist möglich**

**Mitteilungs- und Begründungspflicht des
Unternehmers**

**Einsichtsrecht des Verbrauchers in
Kalkulationsgrundlagen**

Nichtleistung oder Schlechtleistung (§10)

**Verbraucher kann rückwirkend bis sechs
Monate Kürzung des Entgelts verlangen bei**

**Nichtleistung
Schlechtleistung**

**Mängel am Wohnraum sind unverzüglich
anzuzeigen**

Kündigung durch den Verbraucher (§ 11)

**Ordentliche Kündigung: dritter Werktag
zum Ablauf des Monats (schriftlich)**

**Ausserordentliche Kündigung bei
Entgelterhöhung**

und zwei Wochen nach Beginn

Kündigung durch den Unternehmer (§ 12)

Kündigung aus wichtigem Grund, u.a. bei

**Betriebseinstellung
Pflege- und Betreuungsleistungsmängel
Gröbliche Pflichtverletzungen durch den
Verbraucher**

Leistungersatz/ Übernahme von Umzugskosten (§ 13)

**Bei berechtigter Kündigung und
Verschulden des Unternehmers
muss dieser dem Verbraucher
Umzugskosten ersetzen**

Sicherheitsleistungen (§ 14)

**„ Kaution“ max. das Doppelte des
Monatsentgelts**

Getrennte Anlage des Kautionsguthabens

Sonderbestimmungen bei Sozialleistungsbezug (§ 15)

**Vereinbarungen müssen den
Sozialleistungsbestimmungen
entsprechen**

Unwirksamkeit abweichender Vereinbarungen (§ 16)

**Für den Verbraucher nachteilige
Vereinbarungen sind nicht statthaft**

Datenschutz

Datenschutz

www.datenschutz.bund.de

www.datenschutz.de ,

www.bfd.bund.de ,

www.dud.de

www.allgemeiner-datenschutz.de

www.datenschutz-help.de/deutschland.htm

www.im.baden-wuerttemberg.de/sixcms/media.php/851

Zentrale Norm:

§ 28 BDSG

☹️ **REGEL:**

Verarbeitung und Nutzung von

Daten sind verboten, es sei

denn, eine *Rechtsvorschrift* oder
der *Betroffene* erlauben sie.

😊 **AUSNAHME:** -

Erlaubnis gem. § 28 BDSG

(Katalog prüfen)

Erlaubnis (schriftlich) durch

Betroffenen

**Welche Daten dürfen regelmässig
verlangt
Werden ?**

**DATEN, die zwingend notwendig sind
zur Abwicklung des Heimvertrages !**

Personalien
(Name, Vorname)
Name der nächsten Angehörigen /
Betreuer
Krankenversicherung,
Pflegeversicherung, Pflegestufe
Selbstzahler oder nicht
Bankverbindung / Einzugsermächtigung

**Daten die „zumindest bei Beginn des
Heimvertrages“ nicht zwingend benötigt
werden:**

**Angaben zur Gesundheit (ärztlicher
Fragebogen)**

**Angaben zu den Einkommens- und
Vermögensverhältnissen**

TIPP für die Praxis:

**„ Einwilligungserklärung bzgl.
Datenerhebung, -verarbeitung, -
sicherung-, und -speicherung wie
Datenweitergabe bei
Vertragsabschluss einholen“**

Einwilligung = Einverständnis

Voraussetzungen ?

„freiwillig“

**„ vorherige Information über Folgen der
Einwilligung“**

**rechtlicher Hinweis auf Widerruf der
Einwilligung**

„ schriftlich“

Links:

www.krankenhausdatenschutz.de

www.datenschutz.hessen.de

www.idi.nrw.de

**Vielen Dank für ihre aktive Mitarbeit
und ihre Aufmerksamkeit
Weiterhin viel Spaß und Freude im
Beruf**

**Ihr
Malte Jörg Uffeln
www.uffeln.eu
ra-uffeln@t-online.de
Tel. 06051/18979
Fax. 06051/18937**